

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 66 (1993)

Heft: [4]

Vorwort: Editorial

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Viele Lichtblicke – wenig Hoffnung

Es scheint fast, als seien uns die Zeiten günstig gesinnt. Jedermann verlangt eine Revitalisierung unserer Wirtschaft. Die Privatisierung könnte ein wichtiger Mosaikstein derartiger Wirtschaftsbelebung sein. Privatisierungen werden auch in den ehemaligen Ostblockstaaten durchgeführt. Teilweise gar mit gutem Erfolg. Die Privatschulen in der Schweiz warten schon lange auf ähnliche Impulse.

Wenn wir die vorliegende Ausgabe durchsehen, erkennen wir auch darin Hoffnungssignale. Manfred Minz (Mitautor von «Reform des Bildungswesens», Sozio-ökonomische Forschungen, Band 27, 1992) erklärte an einem Symposium des Privatschulenzentrums Feusi, die Vorstellung, wonach staatliche Bildungsfinanzierung und staatliches Bildungsangebot notwendig seien, um soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Chancengleichheit zu erreichen, sei schlicht und einfach falsch. Staatlich finanzierte Bildungsinstitutionen konkurrierten nicht um wettbewerbsfähige Bildungsangebote, sondern um die knappen Mittel der öffentlichen Kassen. Professor Dr. Thomas Straubhaar verlangt vom Bildungssystem eine Reform entlang zweier Achsen: Einerseits müsse das Bildungsangebot vollständig privatisiert werden. Das heisst, staatliche Aktivitäten wären darauf zu beschränken, Konzessionen zu erteilen und den Vollzug zu kontrollieren.

Die Konzessionskriterien dürften lediglich bildungsspezifische Qualitätsaspekte, Zulassungsbedingungen, Abschlussmöglichkeiten nicht aber quantitative Bedarfsklauseln beinhalten. Zweitens müsse der Staat auf der Finanzierungsseite nur soweit aktiv werden, als positive externe Effekte zu internalisieren und die Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder sicherzustellen seien. In der Neuen Zürcher Zeitung vom 5. Juni 1993 erschien ebenfalls ein bemerkenswerter Artikel unter dem Titel «Ausbildung mit beschränkter Haftung». Darin wird auf die Benachteiligung der privaten Schule wegen



der doppelten Bezahlung der Ausbildung durch deren Teilnehmer bemängelt und als Lösung des Problems zur Ermöglichung von Wettbewerb im Bildungsangebot – man lese und staune – die Einführung eines Bildungsgutscheins verlangt. Bezogen auf die Hochschulen wird in diesem Artikel auch der verschwenderische Umgang mit Hochschulkapazität und Ausbil-

dungszeit beklagt, was sich bisweilen in Warteschlangen und entsprechenden Diskussionen um den Numerus Clausus äussere. Auch im Jahresbericht des VSP 1992 ist nachzulesen, die Verbandsvision bestehe darin, dass jedem Einwohner unseres Landes eine gewisse Anzahl Ausbildungsgutscheine zur Verfügung stehen sollte, die nach Wunsch an öffentlichen oder privaten Schulen eingelöst werden könnten. Der so zustande kommende Wettbewerb unter den Schulen lasse endlich die Qualität ihres Angebots stärker hervortreten. Gemeinsam mit den vielen positiven Privatisierungssignalen darf ebenfalls mit Genugtuung registriert werden, dass eine durch den VSP durchgeführte Umfrage die Privatschulen und den VSP im Aufwind zeigt. Von den 80000 Privatschülern, die ganztags eine Schule besuchten, absolvierten drei Viertel ihre Ausbildung an einer VSP-Schule. Der Anteil der Privatschüler sei gemessen an der Gesamtzahl der Schüler ebenfalls zunehmend.

Doch selbst so viele günstige Vorzeichen vermögen in Bezug auf die Realisierungschancen nicht recht optimistisch zu stimmen. Zu schwer lastet Pestalozzis Erbe auf der Erfindung der staatlichen Schule durch die Liberalen. Und die Linke braucht nur auf das scheinbar kostenfreie Bildungsangebot zuzuladen. Verhängnisvolle Koalition wird solches Gespann in anderen Politbereichen genannt.



Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Privatschulen

Mit Bildung aus der Krise

Markus Kamber

Im Zentrum der diesjährigen Generalversammlung des VSP stand das Referat von Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Bern, der die in Merligen zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer über seine parlamentarische Sicht einiger bildungspolitischer Schwergewichte orientierte.

Präsident *Henri Moser* konnte an der von ihm gewohnt locker und gewandt geführten Generalversammlung zahlreiche Mitglieder aus der ganzen Schweiz begrüssen. Er erinnerte in seinem Rückblick an die vor einem Jahr verliehenen Innovationspreise für besonders kreative Privatschulen. Diese Auszeichnungen stellten für die Privatschulen ein hervorragendes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit dar, mit welchem anhand von Tatbeweisen demonstriert werden könne, dass sich eine Privatschule im ungleichen Konkurrenzkampf gegen die finanziell privilegierte Staatsschule nur durch Sonderleistungen in ihrem Bildungsangebot behaupten könne. Der unter den Privatschulen ausgetragene Wettbewerb um Bildungsideen werde mit einer weiteren Preisverlei-